

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2009



Kopfüber in die Nachhaltigkeitslücke

Wie ruiniere ich den Sozialstaat? Wenn diese Frage den Wettbewerb der politischen Parteien entschiede, dann hätte die große Koalition aus CDU, CSU und SPD die Wahl zum Bundestag schon gewonnen. Was die Regierung unter der Führung der Bundeskanzlerin auf Drängen des Sozialministers dem sogenannten Generationenvertrag der gesetzlichen Rentenversicherung mit einem der letzten Gesetze dieser Legislaturperiode antut, das findet im Erinnerungsbuch der politischen Fehlentscheidungen kaum seinesgleichen.

Kurz gesagt: Die Koalition hat per Gesetz verfügt, dass die Renten nie mehr sinken dürfen – auch dann nicht, wenn die Löhne der Arbeitnehmer sinken. Das bedeutet einen Bruch mit der für die Bundesrepublik fast konstitutiven Maxime, dass sich auf mittlere Sicht Löhne und Renten in gleicher Richtung bewegen sollen: Die Rentner sollen nicht zurückbleiben; sie sollen aber auch nicht vorpreschen.

Für den Sozialflügel der Unionsparteien und für die Sozialdemokraten galt das über Jahrzehnte als das sozialpolitische Credo schlechthin. Nun aber fällt eine Wahl zum Bundestag in ein Jahr der wirtschaftlichen Krise. Dass die Löhne ausnahmsweise auch einmal sinken dürfen, gehört zu den mühsam zusammengesetzten Strategien, ohne allzu große Verluste an Beschäftigung aus dieser Krise herauszufinden. Und wenn alles nach der bisher geltenden Regel des Sozialstaats ginge, hieße das: Dann müssen – mit der in der Rentenformel eingebauten Verzögerung – auch die Renten sinken.

Mit kaum abzuschätzenden Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt an die Rentenkasse soll das abgewendet werden. Die Koalition sieht zu, wie die Rentenversicherung dabei kopfüber in die Nachhaltigkeitslücke stürzt. Doch sie wird die Rentenkasse auffangen: mit wachsenden Staatszuschüssen, die den Haushalt noch dichter an den Rand des Ruins bringen.

Hans D. Barbier

Umweltschäden durch Subventionen

In Deutschland gab es im Jahr 2006 Subventionen von knapp 42 Milliarden €, die negativ auf Gesundheit und Umwelt wirkten. Dies ist das Ergebnis der Studie „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“, herausgegeben vom Umweltbundesamt.

Die Forscher analysierten Subventionen des Bundes in den Bereichen Bau- und Wohnungswesen, Verkehr, Energiewirtschaft, sowie Landwirtschaft. Die Palette der negativen Umweltwirkungen reichte von der Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität über die Erhöhung der Flächeninanspruchnahme und die Verringerung der Artenvielfalt bis hin zu Klimaverschlechterungen.

Da Förderprogramme einzelner Bundesländer und Kommunen nahezu unbeachtet blieben, dürfte das tatsächliche Volumen umweltschädlicher Subventionen in Deutschland über dem errechneten Wert von 42 Milliarden € gelegen haben.

Von einem Abbau umweltschädlicher Subventionen würden sowohl die öffentlichen Haushalte als auch die Umwelt profitieren. Die eingesparten Gelder ließen sich beispielsweise für die Senkung der Steuerlast nutzen – oder zum Ausgleich der gebeutelten Staatskasse.

www.umweltdaten.de/publikationen

Wer soll das bezahlen, ...?

Die Bundesregierung macht in diesem Jahr noch mehr Schulden als bisher eingeplant. Das belegt der zweite Nachtragsetat 2009, den der Haushaltsausschuss Anfang Juli 2009 beschlossen hat. Danach soll die Neuverschuldung in diesem Jahr auf rund 49 Milliarden € steigen – der bisher höchste Betrag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Im Entwurf der Bundesregierung zu diesem Nachtragsetat war noch eine Nettokreditaufnahme von 47,6 Milliarden € vorgesehen (BT-Drucksache 16/13000). Noch wenige Wochen vorher wollte der Finanzminister mit 36,7 Milliarden € neuen Schulden auskommen. Insgesamt steigen in diesem Jahr die Ausgaben auf 303,3 Milliarden €, die Steuereinnahmen sollen 224 Milliarden € betragen.

Begründet wurde der neuerliche Anstieg der Neuverschuldung vor allem damit, dass für „Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit“ die Kosten für das kürzlich beschlossene „Bürgerentlastungsgesetz“ eingearbeitet werden mussten. Alleine dafür wurden 1,13 Milliarden € neu eingestellt. Daneben beschloss der Ausschuss unter anderem auch, dass der Kauf von Partikelfiltern für die Nachrüstung von Personenkraftwagen zukünftig mit einem Zuschuss von 330 €

unterstützt werden kann; dafür sind insgesamt 66 Millionen € vorgesehen.

dip21.bundestag.de

Einmal gerettet, immer gerettet?

Die Industrie-Kreditbank (IKB) war 2007 die erste Bank in Deutschland, die wegen Spekulationen mit amerikanischen Ramschhypotheken an den Rand der Pleite geriet. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die damals größter IKB-Aktionär war, sowie Bund und Bankwirtschaft hatten die IKB mit Milliardenhilfen davor bewahrt. Die einstige Mittelstandsbank wurde dann im vergangenen Spätsommer an den US-amerikanischen Finanzinvestor „Lone Star“ verkauft. Der Kaufpreis wurde damals in Branchenkreisen auf 115 Millionen € geschätzt – ein Bruchteil der Summe, die in die IKB gepumpt wurde. Die Staatsbank KfW, und damit letztlich der Steuerzahler, wurde durch das IKB-Desaster mit rund zehn Milliarden € belastet.

Mitte Juni 2009 forderte die IKB nun weitere Hilfen, weil „die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten weiterhin so schwierig ist, dass eine adäquate Refinanzierung derzeit kaum möglich ist“. Anfang Juli erhöhte der Bankenrettungsfonds (Soffin) den Garantierahmen für die vermeintlich „gerettete“ IKB um weitere sieben Milliarden € auf insgesamt nun zwölf Milliarden €. Diese neuerliche Hilfe muss allerdings noch von der EU-Kommission genehmigt werden.

www.destatis.de

Subventionen für alle

Abwrackprämie, Kredite für Banken, Bürgschaften für Autobauer und und und: Der Staat gibt sich zurzeit höchst spendabel. Was angesichts der Wirtschaftskrise als notwendig angesehen wird, verdeckt, dass der Staat sowieso alljährlich Subventionen in Milliardenhöhe gewährt.

In welcher Höhe Subventionen in der Bundesrepublik tatsächlich fließen, ist umstritten. Die genannten Beträge reichen von 34,3 Milliarden €, die das Statistische Bundesamt aktuell für 2006 errechnet hat. Das Amt verwendet den sehr engen Subventionsbegriff der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der lediglich die Finanzhilfen für laufende Produktionszwecke zählt. Der Bundesfinanzminister weist dagegen 57,4 Milliarden € aus. Schließt man sich den Wirtschaftsforschern des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel an, erreicht die Subventionssumme 2006 sogar 146 Milliarden €.

Was ist eine Subvention?

Grund für die großen Unterschiede: Weder in der finanzwissenschaftlichen Literatur noch in der Praxis ist der Begriff „Subvention“ eindeutig definiert. Einigkeit herrscht nur darüber, dass direkte Zahlungen des Staates an Unternehmen – ohne Gegenleistung – grundsätzlich zu den Subventionen zählen. Gleichwohl erwarten die politischen Geldgeber eine bestimmte Verhaltensweise vom Subventionsempfänger, zum Beispiel eine spezielle Art der Produktion: „nachhaltig“, „ökologisch“ „energieeffizient“ oder Ähnliches.

Davon ausgehend gibt es – je nach Institution und Unter-

suchungszweck – unterschiedlich weite Abgrenzungen von Subventionen. In diesem Zusammenhang lassen sich wiederum explizite und implizite Subventionen unterscheiden. Explizite Subventionen haben unmittelbare Wirkung auf das Budget, wie im Fall direkter Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Implizite Subventionen treten dagegen verdeckt auf und haben nur eine mittelbare Budgetwirkung. Dazu gehören nicht in Anspruch genommene Bürgschaften und Garantien oder die staatliche Bereitstellung oder Beschaffung von Produkten zu Preisen, die nicht den Marktpreisen entsprechen.

Subventionen laut Selbstauskunft...

Im Subventionsbericht der Bundesregierung, den das Bundesministerium der Finanzen auf Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967 alle zwei Jahre aufstellen muss, werden nur Subventionen in Form von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen aufgeführt. Geldleistungen des Bundes an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung zählen zu den Finanzhilfen. Steuervergünstigungen sind spezielle steuerliche Ausnahmen von bestehenden gesetzlichen Regelungen, die für die öffentliche Hand zu Mindereinnahmen führen.

Doch diese Erfassung ist inkonsistent. Sie lässt staatliches Handeln mit Subventionscharakter unbeachtet. Ein Beispiel hierfür ist die Steuervergünstigung für Diesel im Vergleich zu Normalbenzin, die im Subventionsbericht nicht als Subvention aufgeführt wird.

...und darüber hinaus

Der Subventionsbericht listet also nur die Teile der staatlichen Aktivitäten auf, die mittelbar und unmittelbar den Staatshaushalt beeinflussen. Andere staatliche Zuwendungen finden sich in verschiedenen Berichten der Bundesregierung, zum Beispiel im Bundesverkehrswegeplan, im Umwelt- und in sonstigen Berichten.

Den weitesten Subventionsbegriff verwenden die Forscher des IfW. Er umfasst auch Zahlungen an öffentliche Institutionen, die private Güter oder Dienstleistungen anbieten. Das Institut fragt bei seiner Methode nicht danach, wer gefördert, sondern danach, was angeboten wird. Nur so werde das tatsächliche Ausmaß abgebildet, mit dem wirtschaftliche Tätigkeiten vom Staat beeinflusst werden. Grundsätzlich könnten die besagten Güter und Dienstleistungen auch von privaten Unternehmen angeboten werden. Zu den Subventionen zählt das IfW deshalb auch Zuschüsse an Kran-



„Hier wird nicht die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere – aus welchen Gründen auch immer – subventioniert. Das scheint mir nicht das Prinzip zu sein, welches geeignet ist, echten Fortschritt zu bringen.“

Ludwig Erhard

kenhäuser, Hilfen für Kindergärten und sogar Sozialleistungen, sofern sie nicht speziellen Personengruppen zugute kommen.

Subventionen und Interessengruppen

Egal wie die Subvention genannt wird, immer ist ein Gesetz oder eine Verordnung notwendig. Verantwortlich dafür sind nicht nur die Volksvertreter im Bundestag, sondern auch die Abgeordneten in den Land- oder Kreistagen. Es ist aber zu kurz gedacht, die gängige Subventionspraxis nur der Politik anzulasten. Eine Kommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen kam schon vor gut dreißig Jahren zum Ergebnis, dass „Subventionen Politikern auf jeder Ebene die Möglichkeit bieten, durch die Befriedigung von Gruppeninteressen ihre Chancen auf Wiederwahl und Machterhalt zu vergrößern“. Am Ent- und Fortbestehen von Subventionen sind also einerseits Politiker mit Blick auf die nächsten Wahlen beteiligt, andererseits eine Vielzahl von Interessengruppen.

Ob Industrieverbände, Gewerkschaften oder andere: Alle drängen die Politik zu bestimmten Entscheidungen – vermeintlich zum Wohl aller, in jedem Fall aber im Dienste des eigenen Wohls. Die Politiker sind dabei aus offensichtlichen Gründen leicht zu gewinnen, denn Subventionen wirken sich für die Gruppe der Begünstigten spürbar aus, während die Belastung für die große Mehrheit relativ gering ist. Wie stark fallen rund 40 000 Beschäftigte im

Steinkohlebergbau gegenüber 82 Millionen Bundesbürgern ins Gewicht?

Vielfältige Subventionsgründe

An guten Gründen für eine Subvention fehlt es den Politikern dabei nie: Die beliebteste Begründung für staatliche Hilfen zielt auf Arbeitsplätze. Entweder gilt es, sie zu erhalten oder einen unumgänglichen Arbeitsplatzabbau sozialverträglich abzufedern. Das Erstaunliche: Trotz Subventionierung konnte der überwiegende Teil der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, im Steinkohlebergbau oder bei den Werften nicht erhalten werden.

Auch „Marktversagen“ muss häufig als Subventionsgrund herhalten. Der Staat müsse helfen, eine vermeintliche fehlerhafte Marktentwicklung zu beseitigen. Marktversagen entdeckten in den vergangenen Jahren beispielsweise immer wieder die Landwirte, weil die Weltmarktpreise für bestimmte Produkte deutlich unter den Erzeugerpreisen vor Ort lagen.

Die „Versorgungssicherheit“ ist ein weiterer gern genannter Subventionsgrund. Ziel staatlicher Unterstützung müsse sein, bei bestimmten Produkten – Energie zum Beispiel – die nationale Unabhängigkeit zu sichern. Die Subventionspraxis anderer Länder wird ebenfalls als Argument für eigene Subventionen angeführt.

Mangelnde Erfolgskontrolle

Erstaunlicherweise hat fast jede Bundesregierung den

Subventionsabbau in Regierungserklärungen und Koalitionspapieren geschrieben. Doch Papier ist geduldig, die Realität sieht anders aus. Nicht nur Landwirtschaft und Steinkohlebergbau zeigen: Einmal eingeführt, überstehen Subventionen Jahrzehnte und können doch nicht gegen Marktkräfte schützen.

Allerdings wird der Erfolg von Subventionen bislang auch kaum systematisch überprüft. Im 21. Subventionsbericht der Bundesregierung wird zwar die Bedeutung der Erfolgskontrolle hervorgehoben. Es wurde auch „ein internationales Konsortium ... mit der externen Evaluierung der finanziell bedeutsamsten Steuervergünstigungen“ beauftragt. Doch der Bericht stellt auch fest: „Belastbare Wirkungsanalysen sind sehr schwierig...“ Das heißt: Subventionen müssen überprüft werden, aber leider ist das kaum möglich. Proteste der Steuerzahler gegen diesen unhaltbaren Zustand blieben bislang aus. Vielleicht, weil jeder irgendwie von Subventionen profitiert:

■ Für Lebensmittel wird ein geringerer Mehrwertsteuersatz erhoben als für andere Güter.

■ Fluggesellschaften, Binnenschiffer und Landwirte er-

halten Treibstoffe steuerfrei oder steuerbegünstigt.

■ Der Staat fördert über Zuschüsse und Steuernachlässe die Bildung von Vermögen, Stichwort Riesterrente.

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen, dass Subventionen recht breit gestreut werden; einige profitieren mehr, andere weniger, manche kommen sogar in den Genuss mehrerer Subventionen. Dabei sind es vor allem Großunternehmen, die von Staatszuschüssen profitieren. Bereits 1977 kam eine Studie der Universität zu Köln zum Ergebnis, dass Hauptnutznießer der Staatshilfen eindeutig die großen Unternehmen seien: „Gemessen am Gesamtumfang der Staatsleistungen ist der Anteil der Leistungen für den mittelständischen Bereich sehr gering.“

Dass sich daran wenig geändert hat, zeigen die – seit neuestem auch in Internet nachzulesenden – Agrarsubventionen der Europäischen Union: Hauptempfänger sind Lebensmittelhersteller und Fleischverarbeiter. „Normale“ landwirtschaftliche Familienbetriebe gehen dagegen leer aus. Schlimme Folge dieser Politik: Trotz der Milliarden-subventionen hält das Höfsterben an.

Andreas Schirmer

Subventionen			
in Milliarden €	Destatis	BMFi	IfW
2003	35,9	56,3	146,8
2004	34,7	55,4	145,1
2005	33,5	57,5	144,2
2006	34,3	57,4	146,0
2007	-	-	143,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis); Bundesministerium der Finanzen (BMFi); Institut für Weltwirtschaft (IfW)



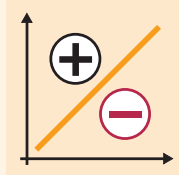
„Statistik ist für mich das Informationsmittel der Mündigen. Wer mit ihr umgehen kann, kann weniger leicht manipuliert werden. Der Satz «Mit Statistik kann man alles beweisen» gilt nur für die Bequemen, die keine Lust haben, genau hinzusehen.“

Elisabeth Noelle, Institut für Demoskopie Allensbach

IM KLARTEXT

Juli 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Gegenüber dem Vormonat reduzierte sich die offiziell gemeldete Zahl der Arbeitslosen im Juni zwar um 48 000 auf rund 3,4 Millionen. Sie lag damit aber um rund 250 000 über dem Vorjahresstand.

Problematisch ist: Inzwischen gibt es viele Sonderregeln darüber, wer als „arbeitslos“ gilt. Die von verschiedenen Bundesregierungen veranlassenden Änderungen haben dazu geführt, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine eigene Zählweise entwickelt hat. Seit Mai weist sie zusätzlich aus,

wie viel ihrer Meinung nach die „Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne“ oder die gesamte „Unterbeschäftigung“ ausmacht. Dazu addieren sie all diejenigen zu den offiziellen Arbeitslosen, die aus den verschiedensten Gründen – Beschäftigungs- und Trainingsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobber, Vorruehändler und andere mehr – nicht als arbeitslos zählen. Auf diese Weise zählt die BA für den Juni rund 4,5 statt 3,4 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Eigenverantwortung



Ein hoher Lebensstandard in Deutschland ist auf Innovationen und deren wirtschaftliche Verwertung durch Unternehmer angewiesen. Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hat jedoch ergeben: Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Bevölkerung hierzulande eher risikoscheu. Die Angst zu scheitern, hält viele von der Gründung ab.

Hauptgrund für die Zurückhaltung: Die gründungsbezogene Aus- oder Weiterbildung – innerhalb und außerhalb der Schule – wird im Gegensatz zu

Gewerbeanmeldungen



anderen Ländern vernachlässigt. Dabei ist die frühzeitige Auseinandersetzung mit dieser Erwerbsform notwendig, denn die Entscheidung zur Selbständigkeit fällt bereits in jungen Jahren.

Geldwertstabilität



Die Zahl zwangsversteigert Immobilien war in den ersten sechs Monaten leicht rückläufig. Von Januar bis Juni 2009 setzten die Amtsgerichte rund 45 000 Versteigerungstermine an, das waren 2,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Summe der amtlich festgelegten Verkehrswerte für

diese Immobilien betrug 7,7 Milliarden €; diese Werte liegen üblicherweise unter dem Marktwert der Immobilien.

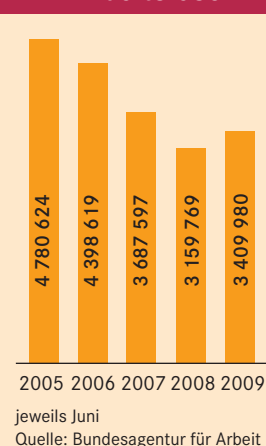
Da die Politik auch beim Justizpersonal kürzt, kommt es zu langen Verfahrenszeiten bei den amtlichen Versteigerungen. Die Zeitspanne zwischen der Beschlagnahme einer Immobilie und der Veröffentlichung des ersten Versteigerungstermins durch die Amtsgerichte liegt je nach Bundesland zwischen 347 und 586 Tagen. Das gesamte Verfahren, einschließlich der Folgetermine, kann bis zu drei Jahren dauern. Die lange Verfahrensdauer bedeutet meistens neben dem Zeitverlust auch Mietausfall, Zins- und Tilgungsverlust sowie Wertverluste durch Reparaturstaus.

Versteigerungen

Dauer* bis:	1. Termin	Abschluss
Rheinland Pfalz	347	607
Deutschland	434	693
Bremen	483	770
Saarland	542	771
Thüringen	586	1 038

* in Tagen
Quelle: Argetra GmbH

Arbeitslose



Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa-International
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

ludwig-erhard-stiftung